



Observatoire  
de la Politique  
Climatique

Jahres- **20**  
bericht **23**



ZUSAMMENFASSUNG

# Vorwort: Die Zeit zum Handeln ist jetzt! Eine Botschaft an die neue Regierung für die Legislaturperiode 2023-28

Im Oktober 2021 hat die Regierung des Großherzogtums Luxemburg – genauer gesagt der Regierungsrat – die Mitglieder des Klimarats („Observatoire de la Politique Climatique“, OPC) ernannt. Das OPC wurde gemäß Artikel 7 des nationalen Klimagesetzes eingerichtet und kann auf eigene Initiative Stellungnahmen abgeben.

*„Zu den Aufgaben des OPC gehört es, durchgeführte oder geplante Projekte und Maßnahmen im Bereich der Klimapolitik wissenschaftlich zu bewerten und ihre Wirksamkeit zu analysieren sowie neue Maßnahmen vorzuschlagen. Des Weiteren verfasst das OPC einen Jahresbericht für die Regierung über die Umsetzung der Klimapolitik und schlägt Forschungen und Studien in relevanten Bereichen vor.“*



Das OPC ist ein wissenschaftlicher Rat, der sich derzeit aus sieben Mitgliedern zusammensetzt. Die Personen verfügen über Fachwissen auf einem Gebiet, das in direktem Zusammenhang mit dem Mandat des OPC steht. Weitere Auswahlkriterien sind die Komplementarität der Fachkenntnisse in den relevanten Wissensgebieten und die Vielfalt der Geschlechter. Die Fachgebiete der derzeitigen Mitglieder reichen von Klimamodellierung, Klimaökonomie und Klimafinanzierung, Wirtschaftsgeographie und Politikwissenschaft, multikriterieller Analyse und Lebenszyklusbewertung bis hin zu Biochemie und Systemwissenschaft. Vier der Mitglieder haben ihren Sitz in Luxemburg, die anderen drei Mitglieder sind im Ausland ansässig. Nähere Angaben zu den Expertinnen und Experten finden Sie in Anhang I. Die Mitglieder werden für fünf Jahre neben ihrer Hauptbeschäftigung ernannt und das OPC verfügt über ein jährliches Budget aus dem Staatshaushalt.

Die Arbeit des OPC wird von einem Sekretariat unterstützt, dem eine Expertin und ein Experte mit hoher Kompetenz in den Bereichen Treibhausgasprognosen, Klimapolitik und Umweltvorschriften angehören. Das Sekretariat ist im Umweltministerium angesiedelt. Das Büro des OPC besteht aus dem Präsidenten, der Vizepräsidentin und dem Sekretariat.

Das OPC ist bestrebt, wissenschaftlich fundiert und wirkungsvoll einen sinnvollen Beitrag zur Information von Politik und Praxis im Zusammenhang mit dem Klimawandel

zu leisten. Angesichts der Dringlichkeit der Situation ist es eine gemeinsame Priorität aller Mitglieder, Hebelpunkte zu identifizieren, um möglichst weitreichende und schnelle Veränderungen zu bewirken. Das OPC ist überzeugt, dass es aufgrund seines offenen rechtlichen Aufgabenbereichs und der Vielfalt der Fachkenntnisse und Erfahrungen seiner Mitglieder über einzigartige Stärken verfügt, die es ihm ermöglichen, in Bereichen, die aus der Sicht eines einzelnen Ministeriums oder einer einzelnen Organisation besonders schwierig zu behandeln sind, einen Mehrwert zu schaffen. Das OPC ist besonders gut in der Lage, auf die Einschätzung des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC) zu reagieren, die besagt, dass „Klimagovernance am effektivsten ist, wenn sie über mehrere Politikbereiche hinweg interagiert, zur Schaffung von Synergien beiträgt und Kompromisse minimiert“ sowie verschiedene Akteure über Sektoren und Verwaltungsebenen hinweg (national, kommunal, Ebene der einzelnen Akteure) miteinander verbindet. Darüber hinaus weist der IPCC darauf hin, dass eine wirksame Governance von der Befähigung verschiedener Akteure abhängt, sich für eine tiefgreifende Änderung der vorherrschenden Denk- und Handlungsweisen einzusetzen.

Das OPC möchte sich besonders bei Claudia Hitaj und Eric De Brabanter für ihre großartige Unterstützung bedanken!



# Die Klimadringlichkeit: Was für Luxemburg auf dem Spiel steht



## Integrierter nationaler Energie- und Klimaplan (PNEC)

Die Meldungen über extreme Wetterereignisse auf der ganzen Welt machen deutlich, dass die schädlichen Auswirkungen des Klimawandels in Form von Überschwemmungen, Dürren und Hitzewellen bereits begonnen haben. Dies ist eine der wichtigsten Erkenntnisse des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC), der im März dieses Jahres den Synthesebericht seines sechsten Sachstandsberichts (AR6) veröffentlichte, in dem die Forschungsergebnisse seiner Arbeitsgruppen zu den physikalischen Grundlagen des Klimawandels, den Auswirkungen, der Anpassung und Anfälligkeit sowie der Abschwächung des Klimawandels zusammengefasst sind. Eine weitere wichtige Erkenntnis des IPCC ist, dass die Konzentration der Treibhausgasemissionen in der Atmosphäre weiter zunimmt, obwohl die Bemühungen zur Eindämmung der Treibhausgasemissionen weltweit verstärkt worden sind. Darüber hinaus beschleunigen die Auswirkungen des Klimawandels andere Prozesse der Umweltzerstörung, einschließlich des Massensterbens von Arten, und untergraben wiederum Ökosystemleistungen, von denen unsere Wirtschaft, Gesellschaft und alle anderen Lebensformen abhängen.

Bei der Veröffentlichung des "Climate Change 2023: Synthesis Report" (Synthesebericht) stellte der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, fest, dass die

"Klima-Zeitbombe tickt" und dass die "1,5°C-Grenze erreichbar ist, dies aber einen Quantensprung bei den Klimaschutzmaßnahmen erfordert!"<sup>1</sup>

Wie Guterres sieht auch das Klimarats („Observatoire de la Politique Climatique“, OPC) den Synthesebericht als "klaren Aufruf, die Klimabemühungen aller Länder und Sektoren massiv zu beschleunigen".

Vor diesem Hintergrund blickt das OPC auf das vergangene Jahr zurück und fordert die luxemburgische Regierung für die nächste Legislaturperiode 2023-28 auf, alle notwendigen Maßnahmen für die dringende Transformation in Richtung Netto-Null zu ergreifen.

Das OPC hält an den wichtigsten Grundsätzen fest, die es in seinem letztjährigen Jahresbericht dargelegt hat: (1) Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen; (2) Umsetzung eines gerechten Übergangs zu einer klimaresistenten Entwicklung; und (3) Herbeiführung einer neuen und transformativen Governance, die ehrgeizige Klimaschutzmaßnahmen ermöglicht.

Seit der Veröffentlichung des OPC-Jahresberichts 2022 hat die luxemburgische Regierung wichtige Fortschritte im Bereich des Klimaschutzes gemacht. Am 21. Juli 2023 verabschiedete der Regierungsrat den Entwurf der Aktualisierung des integrierten nationalen Energie- und Klimaplan („Plan national intégré en matière d'énergie et de climat“, PNEC) und übermittelte ihn am selben Tag an die Europäische Kommission.

Der OPC begrüßte zwar viele der 201 Maßnahmen, die im Entwurf des aktualisierten PNEC vorgestellt wurden, wies aber auch auf Probleme mit den Maßnahmen in Bezug auf Umfang und Ehrgeiz, Kohärenz und Durchführbarkeit des Pfades für die Umsetzung hin. Die Stellungnahme des OPC zum Entwurf der PNEC-Aktualisierung kann [online](#) abgerufen werden, und die wichtigsten Punkte sind in Anhang 2 dieses Berichts aufgeführt.



<sup>1</sup> UN Secretary General. 2023. Secretary-General's video message for press conference to launch the Synthesis Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change.

<https://www.un.org/sg/en/content/sg/statement/2023-03-20/secretary-generals-video-message-for-press-conference-launch-the-synthesis-report-of-the-intergovernmental-panel-climate-change>

## Politische Empfehlungen an die neue Regierung für die Legislaturperiode 2023-28

Auf der Grundlage der wichtigsten Grundsätze des OPC, die im Jahresbericht 2022 ausgearbeitet wurden, und seiner Beratung zum PNEC legt der OPC im vorliegenden Bericht seine Empfehlungen für einen wissenschafts- und evidenzbasierten Ansatz für den Koalitionsvertrag und den Plan der Regierung für die Legislaturperiode 2023-28 dar.

Ohne transformative Klimamaßnahmen in dieser Legislaturperiode wird Luxemburg die nationalen Ziele des Klimagesetzes 2020 und die EU-Ziele für 2030 und 2050 nicht erreichen. Nach Ansicht des OPC hat die Regierung die Möglichkeit, konkrete Änderungen in den Governance-Strukturen und politischen Maßnahmen vorzunehmen, um angemessene, wissenschafts- und evidenzbasierte Klimamaßnahmen zu gewährleisten, wie sie vom IPCC gefordert werden. Luxemburg sieht sich bestimmten Auswirkungen des Klimawandels in einem Umfeld zunehmender Volatilität, Ungewissheit, Komplexität und Mehrdeutigkeit in Bezug auf die Wirtschaft, den technologischen Wandel und das Funktionieren der Gesellschaft im Allgemeinen gegenüber. In **Kapitel 1 über „Governance and policy action for climate resilient development“** legt das OPC seine Empfehlungen dar, wie in Luxembourg ein günstiges Umfeld für eine klimaresiliente Entwicklung in einer turbulenten Welt geschaffen werden kann.

Der Finanzplatz stellt für Luxemburg sowohl ein Risiko als auch eine Chance dar, wenn es um den Klimaschutz geht. Ohne einen Strukturwandel und eine grundlegende Neuausrichtung auf die Finanzierung einer nachhaltigen Entwicklung, und insbesondere auf die Eindämmung des Klimawandels und die Anpassung daran, bleibt die wichtigste Säule der luxemburgischen Wirtschaft anfällig für die Risiken des Klimawandels: Investitionen in fossile Brennstoffe und andere „Stranded Assets“ sind lang- oder sogar mittelfristig nicht nachhaltig und gefährden die zukünftige wirtschaftliche Stabilität.

Die Größe des Finanzsektors stellt ein Risiko für die luxemburgische Wirtschaft dar, wenn diese Neuausrichtung nicht stattfindet. Die Größe des Finanzsektors stellt aber auch eine Chance für Luxemburg dar, einen bedeutenden Einfluss auf den Klimaschutz im In- und Ausland zu haben. Das OPC fordert die neue Regierung auf, diese Chance für Luxemburg in Betracht zu ziehen, denn nur wenn der Finanzsektor wirklich nachhaltig ist, kann Luxemburg in einer nachhaltig ausgerichteten Welt prosperieren.

In **Kapitel 2 „Finance for climate resilience“** gibt das OPC Empfehlungen für den Finanzsektor und betont, dass eine Neuausrichtung des Finanzsektors sowohl für das Wohlergehen der luxemburgischen Wirtschaft als auch für die Gesundheit des Planeten notwendig ist. Durch die Stärke seines Finanzsektors kann Luxemburg globale Veränderungen bewirken.

## Konkrete Maßnahmen für die neue Regierung in der Legislaturperiode 2023-28

Auf der Grundlage seiner Analyse spricht das OPC die folgenden Empfehlungen an die Regierung aus und schlägt konkrete, evidenzbasierte Maßnahmen vor, die auf den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen und in den Koalitionsvertrag und den Plan der Regierung für die Legislaturperiode 2023-28 aufgenommen werden sollen. Eine detailliertere Erläuterung und Begründung für jede der Empfehlungen finden sich im Hauptbericht.



## Governance und politische Maßnahmen

### Zielvorgabe 1. Bessere Strukturen und Verfahren zur Verknüpfung von Politikentwicklung und -umsetzung über verschiedene Politikbereiche, Verwaltungsebenen und Akteursgruppen hinweg

Bei einer klimaverträglichen Entwicklung werden die Vermeidung der CO<sub>2</sub>-Emissionen zur Abschwächung des Klimawandels und die Vorbereitung auf Krisen zur Anpassung an den Klimawandel gleichermaßen berücksichtigt. Dies erfordert die Verbesserung bestehender und die Schaffung neuer Strukturen und Verfahren zur besseren Verknüpfung von Politikentwicklung und -umsetzung über verschiedene Politikbereiche, Regierungsebenen und Akteursgruppen hinweg. Das Ziel ist eine größere Anzahl effektiverer Kooperationen zwischen Akteuren über verschiedene Regierungsebenen hinweg, die sich voll und ganz auf die Befähigung lokaler Akteure zur Umsetzung lokaler Maßnahmen für eine klimaresistente Entwicklung konzentrieren.

#### Auf dem Weg zu mehr politischer Kohärenz:

**1.** Einrichtung der Funktion eines/einer "Klimabeauftragten", der/die direkt dem/der Premierminister/in im Staatsministerium unterstellt ist.

#### Bessere Verbindungen zwischen den Regierungsebenen:

**2.** Wiedereinführung des Klimabiergerrots (KBR) mit neuem Aufgabenbereich.

**3.** Ausrichtung des Klimapakts und des Naturpakts auf die Umsetzung.

#### Verfahrensverbesserungen der bestehenden Strukturen zur Erhöhung der Transparenz und Vorhersehbarkeit:

**4.** Vereinfachung und transparentere Gestaltung der Verfahren für den Klima- und Energiefonds („Fonds Climat Énergie“) und Schaffung einer eigenen Förderkategorie für kreative Projekte.

**5.** Schaffung einer Verwaltung für Daten und Informationen zu Klima und Meteorologie.

#### Politische Unterstützung für kooperative Strukturen und Maßnahmen:

**6.** Schaffung von rechtlichen Rahmenbedingungen und Subventionsregelungen für gezielte Investitionen in kollektiv genutzte Infrastrukturen und Technologien, statt einer Subventionierung von einzelnen Haushalten.

**7.** Unterstützung der Gründung von Genossenschaften und Unternehmen mit sozialer Wirkung („Sociétés d'impact sociétal“) für eine größere Vielfalt von Wirtschaftsakteuren, insbesondere im Lebensmittel-, Energie- und Wassersektor.

#### Kapazitätsaufbau durch ein erweitertes Schulungsangebot für Regierungsangestellte und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für andere Akteure:

**8.** Durchführung von Schulungen zu den Grundlagen der Klimawissenschaft, des Klimahandelns und des zukunftsorientierten Systemdenkens für Regierungsangestellte im Rahmen des Schulungsprogramms „tronc commun“.

**9.** Organisation regelmäßiger Workshops zum Kapazitätsaufbau für und mit den Beteiligten.

**10.** Integration von Klimawissenschaft, CO<sub>2</sub>-Fußabdruck und Dekarbonisierungspfaden in den Lehrplan, einschließlich der notwendigen Ausbildung für Lehrer/innen.



## Zielvorgabe 2. Gestaltung von Politiken zur Regeneration: transformative und zukunftsorientierte Maßnahmen für die Klimaresilienz

Es kann zu regionsspezifischen Überschneidungen zwischen der Umstellung der Energiesysteme und der Wasser- und Ernährungssicherheit oder der Umweltgesundheit kommen. Bei integrierten Konzepten werden die Landnutzung, die damit verbundenen Ökosysteme und die sozialen Systeme so gestaltet, dass sie multifunktional sind und angesichts des sich beschleunigenden Klimawandels zur Gesundheit der Ökosysteme UND zur Gesundheit der Menschen beitragen.

### Annahme von Routineverfahren zur Beseitigung nicht-nachhaltiger und zur Förderung zukunftsfähiger Ansätze:

11. Ausweitung der Nachhaltigkeitsprüfung neuer Gesetze („Nohaltegekeetscheck“) auf alle Politikbereiche (nicht nur Gesetze), einschließlich derjenigen, die sich auf die Abschwächung des Klimawandels und die Klimaanpassung beziehen, um eine systematische Bewertung der Nachhaltigkeit und der Durchführbarkeit von Maßnahmen zu ermöglichen.

### Entwicklung von Strategien für ortsbezogene Experimente mit integrierten Konzepten:

12. Identifizierung und Bereitstellung geeigneter Flächen für lokale Akteure zur Durchführung von Klimamaßnahmen, auch zur Regeneration von Ökosystemen.

13. Ermöglichung von Experimenten, insbesondere zur Förderung der CO<sub>2</sub>-bindung und der Gesundheit der Ökosysteme.

### Befähigung und Einbeziehung verschiedener Akteure, um langfristige Veränderungen zu bewirken und vor Ort zu lernen:

14. Schaffung und Förderung neuer Preisverleihungsprogramme für eine klimaresiliente Entwicklung im privaten Sektor und für Einwohner/innen.

15. Zusätzlich zum Klima- und Energiefonds sollten andere, stärker diversifizierte Einkommens- und Ressourcenquellen für ein langfristiges Anpassungs- und Klimaschutzengagement erschlossen werden.

16. Einrichtung von Mitteln zur Ermöglichung öffentlicher Dienstleistungen durch Privatpersonen, auch für den Klimaschutz.

## Zielvorgabe 3. Verbesserung der Evidenzbasis für die Politik durch gut vernetzte Überwachung und handlungsorientiertes Lernen

Eine abschließende Reihe von Empfehlungen zielt darauf ab, die Evidenz- und Wissensbasis für politische Maßnahmen und lokale Aktionen durch gut vernetzte Überwachung, Bewertung und aktionsbasiertes Lernen zu verbessern.

### Überwachung und Lernen für wirksamere Klimaschutzmaßnahmen:

17. Schaffung und Unterstützung des Ausbaus bestehender kollaborativer Internetplattformen für den Austausch von Initiativen und Ergebnissen der Begleitforschung. Dies wird sich auf partizipative Forschungsansätze stützen, die eine Kombination aus Expert/innen gesteuerter Forschung, amtlicher Überwachung und Bürger/innenwissenschaft für Folgenabschätzungen und langfristige Überwachung von Klimamaßnahmen öffentlich zugänglich machen.

18. Verbesserung der Indikatoren zur Messung und Überwachung der Treibhausgasemissionen über den gesamten Lebenszyklus in allen Sektoren, der Auswirkungen auf die biologische Vielfalt, der Ökosystemleistungen und der damit verbundenen Systeme zur Bezahlung von Ökosystemleistungen sowie des Wohlbefindens.

19. Einrichtung eines Instituts für klimaresiliente Entwicklung in Luxemburg, um 1) Programme zum Aufbau von Kapazitäten zu entwickeln, 2) Internetplattformen und Netzwerke für Klimaschutzmaßnahmen mitzugestalten und zu betreiben und 3) partizipative Überwachung und transdisziplinäre Aktionsforschung zu koordinieren.

## Finanzierung für Klimaresilienz

### Zielvorgabe 1. Umsetzung einer Strategie für den gesamten Finanzplatz

Der aktuellen Nachhaltigkeitsstrategie des luxemburgischen Finanzplatzes mangelt es an konkreten, integrativen Maßnahmen sowie mangels Durchsetzung an Glaubwürdigkeit. Das OPC empfiehlt die Erarbeitung einer proaktiven Strategie, die Finanzmittel auf die Umsetzung wirksamer Klimaschutz- und -Anpassungsmaßnahmen lenkt und über die singulären ESG-Kriterien hinausgeht.

**20.** Entwicklung und Umsetzung einer aktualisierten Strategie für nachhaltiges Finanzwesen, die alle Bereiche des Finanzplatzes einbezieht, Greenwashing verhindert und den Übergang zu einer Netto-Null-Lösung erheblich beschleunigt.

**21.** Einführung der Nachhaltigkeitsstrategie für den gesamten Finanzplatz Luxemburg, einschließlich der Offenlegung in- und ausländischer, direkter und indirekter CO<sub>2</sub>-Fußabdrücke.

### Zielvorgabe 2. Förderung von Kapazitätsaufbau und Dialog

Im gesamten luxemburgischen Finanzzentrum gibt es Lücken bei den Kapazitäten, Fähigkeiten und dem Fachwissen, um die Klima- und Nachhaltigkeitsdimensionen angemessen anzugehen und zu berücksichtigen. Neben der Aus- und Weiterbildung würde eine Kampagne zur Förderung eines Dialogs zwischen verschiedenen Sektoren und Interessengruppen dazu beitragen, die Kapazitäten zu erhöhen und Silodenken zu vermeiden.

**22.** Entwicklung von Kapazitäten und Aufbau von Fähigkeiten im Finanzsektor in Bezug auf Klima- und Umweltherausforderungen, ihre miteinander verknüpften wissenschaftlichen, technischen und sozioökonomischen Dimensionen, und ihre Beziehung zu alternativen Finanzierungskonzepten (über ESG hinausgehend).

**23.** Start einer umfassenden Kampagne zur Förderung eines Dialogs zwischen verschiedenen Sektoren und Interessengruppen in Luxemburg, um sich auf ein gemeinsames Verständnis von Nachhaltigkeit zu einigen.

### Zielvorgabe 3. Entwicklung von Klimarisikostandards für die Finanzwirtschaft

Fortsetzung der für systemrelevante Banken begonnenen Pionierarbeit und Entwicklung neuer klimabezogener Risikostandards (Übergangsriskien, physische Risiken und wirtschaftliche Risiken) für alle Geschäftsbanken in Luxemburg. Diese neuen Standards helfen, klimabezogene - und damit wirtschaftliche - Risiken zu identifizieren und zu reduzieren und tragen dazu bei, Geschäftsbanken klimaresistenter zu machen.

**24.** Förderung eines nachhaltigen Bankwesens durch die Formulierung und Durchsetzung von Risikostandards auf höchstem Niveau für alle Banken.

**25.** Weiterverfolgung des Wegs des nachhaltigen Bankwesens und Ermutigung aller Akteure/Stakeholder, sich daran zu beteiligen.

**26.** Einrichtung einer wissenschaftlich fundierten, frei zugänglichen Infrastruktur für räumliche Daten und Analysen, um alle in Luxemburg ansässigen Finanzinstitute bei der Überwachung klimabezogener Risiken zu unterstützen.

### Zielvorgabe 4. „Finance made in Luxembourg“ zu einer Marke für echte Nachhaltigkeit machen

Luxemburg sollte die Chance ergreifen, eine internationale Führungsrolle im Bereich der wirklich nachhaltigen Finanzen (über die EU-Taxonomie hinausgehend) zu übernehmen. Der Finanzplatz muss sein langjähriges, einzigartiges Finanz-Know-how bündeln, um Innovationen zu schaffen.

**27.** Weitere Unterstützung der innovativen Strukturierung von gemischten Klimafinanzierungen im In- und Ausland.

**28.** Überwachung der Investitionen des luxemburgischen Pensionsfonds (FDC) in Projekte und Aktivitäten nach klima-Gesichtspunkten.

**29.** Schaffung von transparenten und glaubwürdigen Wegen, um Rechenschaft einzufordern.

**30.** Investition in eine gerechte Transformation in Luxemburg und in der Welt, sowie Anwendung derselben Nachhaltigkeitsprinzipien wie in der Industrie.

**31.** Ausrichtung der Lobbyarbeit und der Interessenvertretung auf die Erreichung des Netto-Null-Lösung.



Wichtigste Grundsätze  
für einen raschen und  
gerechten Wandel hin zu  
einer nachhaltigen und  
dekarbonisierten Gesellschaft





In seinem Jahresbericht 2022 hat der OPC seine wichtigsten Grundsätze für eine schnelle und gerechte Transformation Luxemburgs zu einer nachhaltigen und dekarbonisierten Gesellschaft dargelegt. Während die neue Regierung an einer Koalitionsvereinbarung arbeitet und für die Legislaturperiode 2023-28 plant, die OPC drängt darauf, sich an diese wichtigen Grundsätze zu halten (Abbildung 1).

### Transformation zu einer nachhaltigen und dekarbonisierten gesellschaft

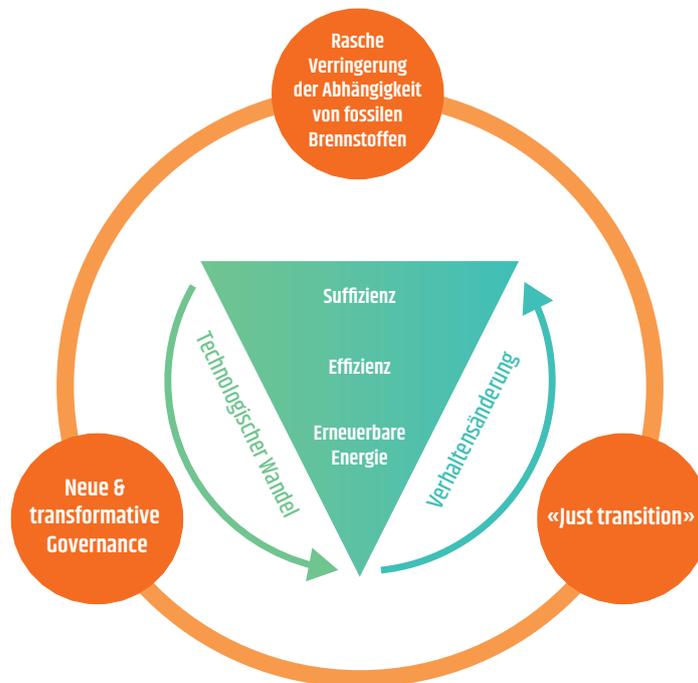


Abbildung 1: Hauptprinzipien für den Übergang zu einer nachhaltigen und dekarbonisierten Gesellschaft

## Sektorspezifische Empfehlungen:

### Gebäude



- Senkung der Umgebungstemperatur in Wohnungen und Büros
- Verringerung der Bodenfläche pro Person
- Förderung widerstandsfähiger Gebäude
- Verpflichtung der Vermieter/innen, in die Renovierung von vermieteten Häusern oder Wohnungen zu investieren
- Verbot fossiler Heizsysteme

### Transport



- Zuschnitt von Flächennutzung und Stadtplanung auf die Reduktion des Platzes für Autos
- Entwicklung von Plänen für eine 15-Minuten-Stadt
- Förderung von Telearbeit
- Anreize für die Verlagerung des Verkehrs von einem autoorientierten zu einem öffentlichen, sanften Mobilitätssystem
- Erhöhung des Anteils von Elektrofahrzeugen (EV) und Verbot von Fahrzeugen mit fossilen Brennstoffen

### Energie-Systeme



- Erhöhung der Kapazität erneuerbarer Energieerzeugung, dadurch Verringerung der Importabhängigkeit
- Fortführung und Verstärkung der bestehenden Maßnahmen zur Verringerung des Endenergiebedarfs
- Beendigung direkter/indirekter Subventionen für fossile Energie
- Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung

### Lebensmittel, Land- und Forstwirtschaft



- Umstellung auf eine ausgewogene, nachhaltige und gesunde Ernährung
- Reduzierung von Lebensmittelverlusten und -verschwendung
- Verringerung der Methan- und Stickstoffdioxid-Emissionen in der Landwirtschaft
- Minimierung der Abhängigkeit von produktionsbezogenen Inputs
- Steigerung der Effizienz bei der Gewinnung wertvoller Ressourcen
- Förderung der Kohlenstoffspeicherung in gesunden und widerstandsfähigen Wäldern
- Förderung der Kohlenstoffbindung auf landwirtschaftlichen Flächen in Gehölzstrukturen und im Boden
- Förderung der Wiederherstellung von Ökosystemen und der Anpflanzung von Bäumen in städtischen Gebieten
- Verringerung des Nettoflächenverbrauchs von derzeit etwa 0,5 ha pro Tag auf 0 ha pro Jahr



Observatoire  
de la Politique  
Climatique

